

Meldungen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Auseinandersetzungen um Frauenquote

Für heftige parlamentarische Auseinandersetzungen und Spannungen innerhalb der 'United Front'-Regierung sorgte Ende Mai das beabsichtigte Gesetz über die Reservierung von einem Drittel der Parlamentssitze sowohl in der Lok Sabha, als auch in den einzelnen Landesparlamenten für Frauen. Als der Staatsminister im Justizministerium, Ramakant Khalap, das im Parlament einbringen wollte, wurde er von protestierenden Abgeordneten handgreiflich daran gehindert. Offenbar ging dabei der heftigste Protest von einigen Abgeordneten der 'Janata Dal' aus, die sich eigentlich als Partei innerhalb der 'United Front'-Koalition für die Frauenquote ausgesprochen hatte. Premierminister Gujral, die CPI (M) und andere politische

Gruppen haben sich unterdessen positiv über die beabsichtigte Reservierung geäußert und eine umfassende nationale Debatte gefordert, in der auch noch einmal über die Höhe der Quote diskutiert werden sollte.

Krieg gegen Dalits

Einen regelrechten Krieg gegen Dalits und andere Angehörige niederer Kasten führen die landbesitzenden Oberkasten in Bihar. Am Abend vor Holi, einem der wichtigsten religiösen Feiertage der Hindus, ermordete eine von Großgrundbesitzern finanzierte Privatarmee im Patna-Distrikt, die 'Ranavir Sena', zehn Musahars, eine Kaste landloser Landarbeiter. Das Massaker an den Musahars war der schlimmste Zwischenfall dieser Art seit Juli 1996, als die 'Ranavir Sena' 21 Dalits, darunter 19 Frauen und Kinder ermordete. Nur drei Wochen später wurden in der zweiten Aprilwoche acht Dalits Opfer eines weiteren blutigen Überfalls der 'Ranavir Sena'.

Die 'Sena' ist nur eine von mehreren Privatarmeen der Großgrundbesitzer Bihars, mit deren Hilfe diese ihre politische und wirtschaftliche Dominanz über niedrigere Kasten und Dalits aufrechterhalten und verteidigen wollen. Mit der Gründung solcher Privatarmeen reagierten Kasten wie die Bhumihars seit den 1970-er Jahren auf die Aktivitäten naxalitischen und anderer linker Gruppierungen, mit denen diese für die Umverteilung von Land oder für Mindestlöhne für landlose Landarbeiter eintreten. Neben der 'Ranavir Sena', die von den Bhumihars finanziert wird, existieren noch Gruppen wie die 'Sunlight Sena', die den Rajputen zugeordnet wird, die 'Lorik Sena' der Yadavs und

die 'Azad Sena'. Alle diese Gruppen haben in den letzten Jahren immer wieder schwere Massaker an Dalits und Angehörigen anderer niederer Kasten verübt. Oftmals werden sie zumindest indirekt unterstützt von der Polizei und anderen Sicherheitskräften. Nach dem Massaker im März weigerten sich die Beamten der örtlichen Polizeistation beispielsweise zunächst, überhaupt eine Anzeige aufzunehmen oder den Vorfall an die übergeordnete Dienststelle zu melden.

Mit einem Überfall auf Angehörige der 'Ranavir Sena', die verdächtigt wurden, an den Massakern beteiligt zu sein, rächten sich Extremisten der maoistisch-leninistischen Kommunistischen Partei (CPI-ML) wenige Tage nach dem zweiten Massaker und ermordeten sechs 'Ranavir Sena'-Aktivisten. In der Woche vor Pfingsten erschossen Aktivisten der linken Untergrundorganisation 'Maoist Communist Centre' (MCC) eine Gruppe von zehn Personen aus Rache für die Ermordung von drei MCC-Aktivisten, die im Monat zuvor von aufgebrachten Dorfbewohnern zu Tode gesteinigt worden waren, weil sie von diesen angeblich Gelder zur Unterstützung der MCC erpreßt hatten. Seit Mitte März sind damit in Zentralbihar mehr als 40 Menschen bei Überfällen ums Leben gekommen, die in der Presse als 'caste clashes' bezeichnet werden. Die Vorfälle sind ein deutliches Indiz dafür, daß sich die sozialen und ökonomischen Konflikte in diesem Bundesstaat weiter verschärfen.

Steigende Verbrechen gegen Frauen und Dalits in Uttar Pradesh

Nach offiziellen Berichten und Polizeistatistiken ist es der Landesregierung in Uttar Pradesh bisher nicht gelungen, ihre Ankündigung einer effektiven Bekämpfung der Verbrechen gegen benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu verwirklichen. Einem Ende Mai vorgelegten Bericht zufolge wurden in Uttar Pradesh allein im April diesen Jahres 116 Dalits ermordet und 474 Frauen vergewaltigt. Von diesen Vergewaltigungsopfern gehörte mit 126 Frauen beinahe etwa jede Vierte zur Gruppe der Dalits. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Jahr zuvor bedeutet dies in allen Bereichen einen Anstieg: Im April 1996 wurden 109 Dalits ermordet und 113 Dalit-Frauen vergewaltigt, die Zahl der Vergewaltigungen insgesamt lag bei 414.



Proteste für Frauenquote (Foto: Jitender Gupta)

Als im März 1997 die neue Koalitionsregierung aus der Dalit-freundlichen 'Bahujan Samaj Party' (BSP) und der hindu-chauvinistischen 'Bharatiya Janata Party' (BJP) in Lucknow die Regierungsgeschäfte übernahm, erklärte Ministerpräsidentin Mayawati, die Verbesserung der 'Law and Order'-Situation und eine Reduzierung der Verbrechen gegen sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen habe oberste Priorität.

Kastenunruhen auch in Tamil Nadu

Zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen verschiedener Kastengruppen kam es in den vergangenen Wochen auch im südindischen Tamil Nadu. In den südlichen Distrikten Madurai, Tirunelveli, Teilen Coimbatores und einigen anderen Regionen, kam es Anfang Mai zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und verschiedenen Kastengruppen. Randalierende und Steine werfende Demonstranten legten für mehrere Tage durch Straßenblockaden das öffentliche Leben in diesen Distrikten lahm und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Es kam zu mehreren Zwischenfällen, in denen die Polizei das Feuer auf die Demonstranten eröffnete, wodurch mindestens drei Personen ihr Leben verloren. Insgesamt sind seit Anfang Mai mindestens ein Dutzend Menschen bei diesen gewalttätigen Demonstrationen ums Leben gekommen. Ausgelöst wurden die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Kastengruppen, als eine Gruppe von Dalits gegen die Errichtung eines Denkmals für einen Führer der höherkastigen Thevars protestierte und der Präsident der Dalit-Organisation 'Devendra Kula Vellalar Federation' wegen "aufrührerischer Reden" verhaftet wurde. Die Thevar-Gruppen reagierten auf die Dalit-Proteste mit Protesten gegen die Benennung eines staatlichen Transportunternehmens nach einem Dalit-Unabhängigkeitskämpfer.

Während sich hinter solchen Auseinandersetzungen tiefe Gräben und Spaltungen zwischen verschiedenen Kasten und gesellschaftlichen Gruppen verbergen, sind ihre Auslöser oftmals leicht durch politische Machtspiele einzelner Politiker zu erklären, die traditionelle Kastengegensätze instrumentalisieren, um ihre Wählerbasis unter bestimmten Kastengruppen zu erweitern. So ist es zu einem beliebten politischen Schachzug geworden, Gedenkstatuen für 'herausragende' und 'verdienstvolle' Repräsentanten einzelner Kasten zu errichten, oder Verwaltungsbezirke und Institutionen nach solchen Persönlichkeiten zu benennen. In einer Gesellschaft, die sich aufgrund wachsenden Wettbewerbsdruckes in einer sich globalisie-

renden Wirtschaft zunehmend entlang traditioneller Kastengrenzen spaltet, können politische Zeichen wie diese nur zu einer weiteren Vertiefung gesellschaftlicher Gegensätze beitragen. Benötigt werden statt dessen Politiker und politische Parteien, die aufhören, die Kastenunterschiede politisch zu mißbrauchen und sich dagegen für eine stärkere gesellschaftliche Integration einsetzen.

Adivasi in Existenz bedroht

Im Süden Bihars stehen einem vor kurzem veröffentlichten Bericht zufolge neun tribale Gruppen kurz vor ihrer Vernichtung. Die ungeplante und willkürliche Industrialisierung der Jharkhand Region beschränke den Lebensraum der Asur, Birhor, Birijya, Korwa, Pahariyas und anderer Gruppen, führe zu schweren Umweltschäden und entfremde diese Volksgruppen von ihrem Land. Die von dem Vorsitzenden des Umweltausschusses des Landes vorgestellte Studie stellt zum Beispiel fest, daß unter den Pahariyas niemand mehr älter als 45 Jahre sei und führt diese geringe Lebenserwartung auf die Industrialisierung der Region zurück. Trotz gesetzlicher Vorschriften zum Schutz tribalen Landes, würden diese ethnischen Gruppen immer wieder von ihrem Land vertrieben. Schon jetzt seien beinahe 33.000 Adivasi durch die bergbauliche Erschließung ihres Landes durch Kohlebergbauunternehmen enturzelt und von ihrem Land vertrieben worden.

Hitler-Statue in Darjeeling?

Presseberichten aus Darjeeling zufolge, plant der Präsident der 'Gorkha National Liberation Front' (GNLF), Subash Ghising, die Errichtung einer Hitler-Gedenkstatue, um Hitlers Beitrag zum indischen Unabhängigkeitskampf zu würdigen. Hitler, so Ghising, habe Netaji Subhash Chandra Bose, eine der Helden des indischen Unabhängigkeitskampfes, in dessen Kampf gegen die Briten unterstützt. Ghising, ein Bewunderer Netaji Bose, will alles tun, um sein Idol und dessen Verdienste auch heute zu würdigen. Und dazu gehört seiner Meinung nach auch die Anerkennung und Ehrung all jener, die Bose in diesem Kampf unterstützt haben - ob dies nun Hitler sei oder der ehemalige japanische Diktator Tojo, spiele dabei keine Rolle.

Oberstes Gericht verbietet Giftmüllimporte

Anfang Mai hat das Oberste Gericht in Delhi (Supreme Court) in einem wegweisenden Urteil die Einfuhr von Giftmüll nach Indien verboten. Der Richter-

spruch bestätigt damit die Baseler Konvention, wonach der grenzüberschreitende Transport von toxischen Abfällen zwischen OECD-Ländern und Nicht-OECD-Ländern verboten ist. Obwohl sich Indien immer wieder auf die Seite von Entwicklungsländern gestellt hat, die einen sofortigen Stop von Giftmüllexporten in die Dritte Welt fordern, wurde gleichzeitig betont, man verfüge in Indien über die notwendigen Technologien, um diese Abfallstoffe, insbesondere Altmetalle und metallhaltige Stoffe, sachgerecht zu entsorgen und zu recyceln. Während dies möglicherweise sogar zutrifft, bestehen jedoch keinerlei Kontrollen in Bezug auf die Umweltverträglichkeit dieser Verfahren. Fehlende Kontrollen und Sicherheitsbestimmungen führen dazu, daß mehr als die Hälfte der importierten Abfallstoffe, die zumeist aus hochtoxischen Verbindungen und Substanzen bestehen, wild entsorgt werden. Arbeiter, die mit der Entsorgung oder dem Recycling dieser Abfälle beschäftigt sind, verfügen nur in den seltensten Fällen über Schutzbekleidung oder wissen um die Gefährlichkeit des Mülls. In Teilen der indischen Medien wird nun beklagt, daß viele tausend Arbeiter durch das Urteil des Obersten Gerichtes möglicherweise ihre Arbeitsplätze verlieren; andererseits plädieren Umweltaktivisten dafür, diejenigen Arbeiter, die durch den langen Umgang mit toxischen Abfällen gesundheitliche Schäden davon getragen haben, zu rehabilitieren, und Weiterbildungsprogramme für die Arbeiter einzurichten, um ihnen alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten.

Alarmierender Anstieg von Aids-Fällen

Eine vor wenigen Wochen vorgelegte Studie des 'National AIDS Reference Centre' am Krankenhaus des 'Christlichen Medizinischen College' in Vellore belegt einen alarmierenden Anstieg von Aids-Erkrankungen in Indien. Der Studie zufolge gab es Ende 1994 mindestens 25.000 Aids-Fälle in Indien, und man rechnet mit einer Verdopplung der Zahl der Infizierten alle 14 Monate. Bei der Mehrzahl der Aids-Patienten handelt es sich um junge Männer und Frauen in der Altersgruppe 31 bis 33 Jahre, wobei die Zahl der infizierten Männer etwa acht Mal so groß ist wie die der Frauen. Die wichtigste Ansteckungsquelle bei den Männern sind Prostituierte, während die Frauen in den meisten Fällen über ihre Männer infiziert werden. Etwa zwei Drittel der in der Studie untersuchten Fälle kamen aus städtischen Zentren, ein Drittel aus ländlichen Gebieten, was darauf schließen läßt, daß die Ausbreitung des Virus nicht mehr allein auf

Städte beschränkt ist. Der Bericht warnt davor, daß in den nächsten Jahren aufgrund mangelnder Sicherheitskontrollen Bluttransfusionen zu einem der wichtigsten Übertragungswege des Virus in Indien werden könnten. Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, daß das Ausmaß der Verbreitung von AIDS in Indien noch weitgehend unterschätzt wird und die Mehrzahl der Fälle entweder lediglich nicht registriert werden oder überhaupt nicht als Aids-Erkrankungen erkannt werden. So werden Tuberkulose, Meningitis, Pilzinfektionen der Atemwege und andere Erkrankungen in den meisten Fällen nicht als Symptome für eine Aids-Erkrankung erkannt und die Patienten dementsprechend nicht als Aids-Patienten registriert.

Verfälschte Zahlen über Schuldknechtschaft?

Die vom Obersten Gericht in Delhi eingesetzte Kommission zur Untersuchung der Schuldknechtschaft in Tamil Nadu hat die Zahl der sogenannten 'bonded labourers' für diesen südlichen Bundesstaat mit etwa einer Million angegeben. Grundlage dieses Berichtes sind Zahlen, die der Kommission vor allem von Nichtregierungsorganisationen (NROs) zur Verfügung gestellt wurden. In den vergangenen Wochen sind jedoch Zweifel an diesen Zahlen laut geworden, da einige NROs die Zahlen von Schuldknechten offenbar bewußt zu hoch angesetzt haben. Es mag sich nur um einen Einzelfall handeln, doch die Geschichte eines angeblichen 'bonded labourers', dem eine NRO 20.000 Rupien angeboten haben soll, wenn er sich als solcher registrieren läßt, wirft zumindest einen Schatten auf die NRO-Aktivitäten in Tamil Nadu. In dem genannten Fall war der Vorsitzende eines Panchayats Ende April von einer NRO als Schuldknecht identifiziert worden. Journalisten gegenüber gab er später an, die NRO habe ihm erklärt, ihm stünden 20.000 Rupien Entschädigung zu, wenn er sich als Schuldknecht registrieren lassen würde. Ein Anreiz für die NROs, mit falschen Angaben die Zahl der Schuldknechte zu erhöhen, lag wohl darin, daß sie für jeden gemeldeten Schuldknecht 100 Rupien erhielten.

Nach Schätzungen der 'People's Union for Civil Liberties' (PUCL) dürfte die tatsächliche Zahl von Schuldknechten in Tamil Nadu bei etwa 250.000 liegen. Es war vor allem diese Menschenrechtsorganisation, die den Gerichtshof dazu veranlaßt hatte, die Untersuchungskommission einzusetzen. Für PUCL spielt es indes keine große Rolle, welche der im Raum stehenden Schätzungen über die Zahl der Schuldknechte der Realität zutrifft. "Anstatt

über diese Zahlen zu streiten, sollte die Regierung etwas unternehmen, um diejenigen, die eindeutig als 'bonded labourer' identifiziert werden konnten, aus dieser Situation zu befreien", heißt es seitens der Organisation.

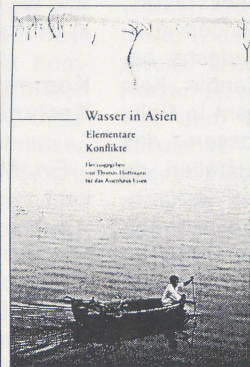
Überprüfung von Arbeitsbedingungen durch UN-Kommission abgelehnt

Indien hat einen Vorschlag der Vereinten Nationen abgelehnt, Arbeitsbedingungen in Indien durch ein internationales Team überprüfen zu lassen und Gütesiegel einzuführen, mit denen Waren gekennzeichnet werden, die ohne Kinderarbeit produziert worden sind. Das indische Arbeitsministerium erklärte dazu, eine solche Maßnahme würde die Souveränität Indiens beschränken. Nach einem UNICEF Bericht hat Indien die weltweit größte Zahl von Kinderarbeitern, wobei die Schätzungen aufgrund der unsicheren Datenlage zwischen 14 und 100 Millionen schwanken. Offiziellen Angaben zufolge wächst die Zahl von Kinderarbeitern alle zehn Jahre um etwa 25 Prozent. Gab es nach Regierungsangaben 1981 13,7 Millionen, waren es zehn Jahre später 17,3 Millionen und für 1995/96 wurde die Zahl der Kinderarbeiter auf etwa 20 Millionen geschätzt. Dennoch will Arbeitsminister Arunachalam beim nächsten ILO-Treffen in Genf Indiens ablehnende Haltung gegen den UN-Vorschlag verteidigen und weiß sich dabei von der Arbeitgebervereinigung Indiens unterstützt: "Kein Land, das auch nur über ein wenig Selbstrespekt verfügt, sollte internationale Inspektionen zulassen, nur um ein allgemeines Sozialsiegel zu erhalten."

NROs legen Gesetzentwurf zum Schutz biologischer Ressourcen vor

Die Nichtregierungsorganisationen 'Genkampagne' und 'Forum für Nahrungssicherheit' haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die indischen Rechte über die eigenen biologischen Ressourcen gesichert werden sollen. Auf einer Pressekonferenz in Delhi forderten Dr. Suman Sahai von der 'Genkampagne'

ne' und Devendra Sharma vom 'Forum', daß Präsident Shankar Dyal Sharma sich für die Verabschiedung eines solchen Gesetzes einsetze. Sahai und Sharma wiesen auf die Plünderung des biologischen Reichtums des Landes hin, der nicht nur eine langfristige ökonomische Bedrohung darstelle, sondern auch die traditionellen Rechte ländlicher und tribaler Bevölkerungsgruppen beschränke. Da die indische Regierung angesichts dieser Bedrohung bisher keine gesetzgeberischen Gegenmaßnahmen getroffen habe, habe man selbst einen entsprechenden Gesetzentwurf ausarbeiten müssen. In dem vorgelegten Dokument heißt es, daß vor allem tribale Gruppen die Rechte über die Nutzung von Pflanzen und Tieren besäßen, die es zu schützen gelte. Dazu solle eine 'National



464 Seiten, gebunden
zahlreiche Abbildungen
in s/w und Farbe
1. Aufl. April 1997
ISBN 3-929979-37-3
DM 49,-/ÖS 358,-/sFr 45,50

Wasser in Asien

Elementare Konflikte

Herausgegeben von Thomas Hoffmann
für das Asienhaus Essen

Eine Bestandsaufnahme elementarer Konflikte um Wasser in Asien: Wasser – seine existentielle Bedeutung kann durch die Nutzung verschiedener Gruppen zu politischen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikten führen. In knapp 70 Beiträgen – thematisch unterteilt in 8 Kapitel – wird die konfliktgeladene aber auch kulturelle Facette des Mediums Wasser behandelt. Diskutiert werden die Wassernutzung in Asien sowie die umweltpolitischen und sozialen Probleme und Entwicklungen.

Ein übergreifender Vorspann leitet jedes Kapitel ein. Eine Bibliographie verweist auf aktuelle und weiterführende Literatur zum Thema Wasser.

Bestellung an:

Asienstiftung
Bullmannaue 11
45327 Essen



Konto 820 4100 BLZ 370 205 00
Bank für Sozialwirtschaft Essen
Lieferung gegen Rechnung oder Scheck,
ohne zusätzliche Versandkosten

Bio-Resource Authority' eingerichtet werden, die Richtlinien für die Nutzung biologischer Ressourcen erarbeiten sollte. Für die kommerzielle Nutzung und Patentierung biologischer Produkte durch ausländische Unternehmen, sollten diese eine Lizenzgebühr von zehn Millionen US-Dollar zahlen. Bei einer kommerziellen Nutzung durch indische Unternehmen sollte diese Gebühr eine Millionen Rupien betragen.

Vorerst kein Bundesstaat Uttarkhand?

Eine Kabinettsitzung Ende Mai deutet darauf hin, daß die Regierung unter I.K. Gujral der Gründung eines Bundesstaates Uttarkhand gegenwärtig keine große Priorität einräumt. Die schon seit langem geplante und von Gujrals Amtsvorgänger immer wieder versprochene Gründung dieses neuen Bundesstaates, der aus den Gebirgsdistrikten des jetzigen Bundesstaates Uttar Pradeshs bestehen soll, ist derzeit offenbar kein Thema. Politischen Beobachtern in Delhi zufolge hat Gujral beschlossen, das Thema 'Uttarkhand' zurückzustellen, da es innerhalb der 'United Front' Befürchtungen gibt, die Schaffung eines solchen Bundesstaates würde ähnlichen Forderungen in anderen Regionen neuen Auftrieb geben. Dies gilt insbesondere für Teile des indischen Nordostens, wo z.B. die Bevölkerungsgruppe der Bodos schon seit langem einen eigenen Bundesstaat fordert. Als der damalige Premierminister Gowda im vergangenen Herbst während eines Besuches im Nordosten betonte, seine Regierung würde die Einrichtung eines Bundesstaates 'Uttarkhand' vorantreiben, ähnlichen Forderungen in anderen Regionen jedoch nicht nachgeben, drohten extremistische Bodos mit einer Intensivierung ihrer Aktivitäten, um ihrer Forderung nach einem eigenen Bundesstaat Nachdruck zu verleihen. Da die in Assam regierende 'Ahom Gana Parishad' (AGP) ein nicht unbedeutender Koalitionspartner in der 'United Front' ist und eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit den Bodos auf jeden Fall vermeiden will, wird sie weiterhin darauf drängen, die Gründung 'Uttarkhands' so lange wie möglich zu verzögern.

Stellvertretender Armeechef zu Besuch in China

Generalleutnant V.P. Malik, der stellvertretende Armeechef, hat Ende Mai die Volksrepublik China besucht und dabei Gespräche mit den chinesischen Verteidigungsminister sowie führenden Offizieren der Volksbefreiungsarmee geführt. Die Reise Maliks ist ein Ergebnis und eine Folge der indisch-chinesischen

Vereinbarung zur Verbesserung der Beziehungen, die die beiden Länder im November 1996 getroffen haben. Dieser Vertrag sieht Maßnahmen vor, die zu einem Abbau der militärischen Spannungen zwischen den beiden Ländern führen. "Der Besuch eines hochrangigen indischen Armeeeoffiziers ist Teil der aktuellen vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Militärs unserer Länder", heißt es in einer offiziellen Stellungnahme aus dem Verteidigungsministerium in New Delhi. In der Vereinbarung vom vergangenen November verpflichteten sich beide Seiten, keine militärische Konfrontation zu suchen und den Prozeß einer Verständigung über den Grenzverlauf ("Line of Actual Control") zu beschleunigen. Festgelegt und spezifiziert werden außerdem die jeweiligen Truppenkontingente, die beide Seiten entlang der Grenze stationieren dürfen, und die Zahl der Soldaten bei Manövern in Grenznähe auf 15.000 beschränkt.

Kommunalisierung des Kashmir-Konfliktes

Ein Massaker an einer Gruppe von kashmirischen Hindus, sogenannten 'Kashmir Pandits', Ende März im Dorf Sangrampora droht, den Kashmir-Konflikt nun endgültig in einen Konflikt zwischen Hindus und Muslimen zu verwandeln und verbaut der im vergangenen Jahr neu gewählten Landesregierung zunächst einmal wieder jeden Weg zu einer Verbesserung der Situation in Kashmir. Zwar sind seit Ausbruch des Konfliktes Ende der 1980-er Jahre mehrere tausend Kashmir-Pandits aus ihrer Heimat geflohen, doch überwog für lange Zeit unter Muslimen und Hindus eine gemeinsame Identität als Kashmiris. Verantwortlich für diese Entwicklung ist eine versteckte Allianz kommunalistischer Politiker der 'All Party Hurriyat Conference' (APHC) und der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), deren gemeinsames Ziel es ist, Kashmir in zwei tief miteinander verfeindete religiöse Gruppen zu spalten. Das kleine Dorf im Badgam-Distrikt liegt in einer der wenigen Regionen, in denen sich Kashmir-Pandits aufgrund guter traditioneller Beziehungen zwischen den lokalen Bevölkerungsgruppen während des nun schon sieben Jahre andauernden Konfliktes so sicher fühlten, daß sie nie in Erwägung gezogen hatten, ihre Heimat zu verlassen. Zum ersten Mal in der siebenjährigen Geschichte der bewaffneten Auseinandersetzungen in Kashmir kam es nach dem Anschlag auf die Pandits in Sangrampora zu gewalttätigen Ausschreitungen und Demonstrationen zwischen Muslimen und Hindus. Die Ermordung der sieben Kashmir-Pandits in Sangrampora ist damit vor allem ein

schwerer Schlag gegen die neue Landesregierung der 'National Conference' (NC) unter Farooq Abdullah, zu deren programmatischen Grundsätzen säkulare Traditionen und eine gemeinsame kashmirische Identität gehören.

Dabei ist die jüngste Intensivierung extremistischer Aktivitäten in Kashmir zu einem großen Teil wohl auch von dieser neuen Landesregierung mit zu verantworten. Das Massaker an den Pandits, ein schwerer Bombenanschlag auf den Busbahnhof von Jammu nur etwa eine Woche später und die vielen 'kleinen' täglichen Zwischenfälle und extremistischen Übergriffe gegen Vertreter des indischen Sicherheitsapparates sind wohl auch als Reaktionen auf die polizeitaktischen Neuerungen zu verstehen, die von Gurbachan Jagat eingeführt wurden, der Anfang März das Amt des Generaldirektors der Polizei übernommen hat. Jagat, der in den letzten Jahren im Punjab entscheidend an der dortigen Eindämmung extremistischer Aktivitäten beteiligt gewesen ist, hat sich vorgenommen, die 'Spezialeinheit der Polizei für besondere Operationen' in eine schlagkräftige Antiterrorereinheit zu verwandeln. Die neue Entschlossenheit der Sicherheitskräfte im Kampf gegen Extremistengruppen wurde schon wenige Tage nach Jagats Amtsübernahme deutlich, als ein führendes Mitglied der 'Hizb-ul-Mujahideen' bei einer Schießerei mit Soldaten erschossen wurde. Drei Tage später erschossen Polizisten der Sondereinheit den stellvertretenden Kommandanten der gleichen Extremistengruppe.

Allein im März sind nach offiziellen Angaben über 160 Menschen in Kashmir getötet worden, davon 93 Ex-

Solarenergienutzung

Die Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH befaßt sich auf vielen Gebieten mit dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Eines ihrer Projekte - SOLUX - zielt darauf, den Einsatz von Solarleuchten in den Entwicklungsländern des Südens zu fördern. In den vergangenen Jahren konnte SOLUX in vielen Ländern vielhundertfach eingeführt und erprobt werden. Dank der großen Lebensdauer der Solarleuchten und der hohen Akzeptanz bei der Bevölkerung sind die Chancen für eine viel breitere Anwendung ausgezeichnet. Das Programm hat damit nicht nur ökologisch sondern auch entwicklungspolitisch eine beträchtliche Relevanz. Weitere Informationen über: Horst Dufner, Winzerstr. 1, 53129 Bonn.

tremisten. Zur Strategie des neuen Polizeichefs gehört auch, Polizeioffiziere, die an den - im Sinne der Polizei erfolgreichen - Operationen zur Ausschaltung führender Terroristen beteiligt waren und sind, zu befördern.

Die verschiedenen in Kashmir tätigen Extremistengruppen, die diesen Druck zu spüren bekommen, reagieren mit einer Intensivierung ihrer gewalttätigen Aktionen. Zu ihren bevorzugten Zielen gehören Angehörige der Polizeikräfte und immer wieder auch Abgeordnete des Landesparlamentes. Offenbar will man mit solchen Anschlägen auf Politiker den mit den Wahlen im vergangenen Jahr in Gang gesetzten Prozeß einer politischen Normalisierung unterbrechen und behindern. Politische Beobachter und hohe Polizeioffiziere interpretieren die Intensivierung der terroristischen Aktivitäten als ein Zeichen dafür, daß die Extremisten und deren Unterstützer ihr nahendes Ende herauschieben wollen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Annäherung zwischen Indien und Pakistan, die Anfang Mai beim Treffen der beiden Premierminister am Rande der SAARC-Konferenz in Male fortgesetzt wurde, machen die Extremisten deutlich, daß sie an einer politischen Lösung des Kashmir-Konfliktes nicht interessiert sind.

Mörderische Polizei

Als Opfer einer "unglücklichen Verwechslung" - so die Polizeiversion -

starben Ende März in Delhi zwei Geschäftsleute im Kugelhagel eines Polizeikommandos, ein dritter Mann wurde verletzt. Wie meist bei solchen Zwischenfällen gibt es mehrere Versionen über den Hergang des Geschehens. Die Polizisten, die glaubten, steckbrieflich gesuchte Schwerverbrecher vor sich zu haben, stoppten den Wagen der drei Männer an der Barakhamba-Kreuzung am Connaught Place und eröffneten Zeugenaussagen zufolge ohne Vorwarnung das Feuer. Die beteiligten Polizisten gaben jedoch zu Protokoll, sie hätten lediglich in Notwehr gehandelt, da die Insassen des Wagens zuerst geschossen hätten. Als Beweis präsentierte die Polizei einen Revolver, der in dem Fahrzeug der erschossenen Männer gefunden worden sei. Die Polizisten waren einem Hinweis gefolgt, wonach ein gesuchter Verbrecher, Mohammad Yasin, nach dem im Zusammenhang mit dem Mord an einem Baulöwen aus New Delhi gefahndet wird, mit einem Komplizen verabredet sei. Bei den Getöteten handelte es sich um Jagjit Singh, Großgrundbesitzer aus Haryana und Pradeep Goel, Unternehmer und Freund Singhs aus Delhi. Noch während einer kurz nach der Schießerei einberufenen Pressekonferenz gab die Polizei an, bei der Schießerei am Connaught Place einen gesuchten Verbrecher getötet zu haben, und hielt an dieser Vision auch noch fest, als Familienangehörige Pradeep Goels bei der Pressekonferenz auftauch-

ten. Nun hieß es plötzlich, der gesuchte Verbrecher Yasin habe sich in Begleitung Goels befunden, und sich seiner bevorstehenden Verhaftung mit Waffengewalt entziehen wollen. An dieser Notwehrvision wurde auch noch festgehalten, als längst feststand, daß es sich bei dem Begleiter Goels um dessen Freund und Geschäftspartner Jagjit Singh handelte. Die wiederholten Aussagen von Verwandten der beiden Erschossenen, keiner der beiden habe jemals einen Revolver besessen, die verschiedenen Augenzeugenberichte, wonach die Polizei ohne Vorwarnung das Feuer eröffnet habe und die Aussage des überlebenden dritten Fahrzeuginsassen, wonach es in dem Fahrzeug keine Waffe gegeben habe, legen den in indischen Medien offen geäußerten Verdacht nahe, die Polizei habe mit dem Revolver, mit dem auf sie geschossen worden sei, ein falsches Beweisstück plaziert, das helfen soll, die Erschießung zweier unschuldiger Geschäftsleute im Herzen New Delhis zu rechtfertigen und von dem Fehlverhalten der Polizisten abzulenken. Zwar wurden verantwortliche und hochrangige Polizeioffiziere inzwischen versetzt und die Untersuchung des Vorfalles vom 'Central Bureau of Investigation' (CBI) übernommen, doch offenbart der Vorfall nicht nur schwere Mängel in der Polizeiführung, sondern stellt auch das Selbstverständnis der Polizei als dem Gesetz verantwortliche Ordnungshüter in Zweifel.

Nachruf: Biju Patnaik

Im Alter von 81 Jahren verstarb Mitte April mit Biju Patnaik ein Politiker, der die politische Szene Indiens seit der Unabhängigkeit mitgeprägt hat. Als Freiheitskämpfer von den Briten verhaftet, als Pilot der indischen Luftwaffe und später als Politiker und 'Chief'-Minister Orissas, erwarb er sich den Ruf eines unerschrockenen, aufrechten Kämpfers für Freiheit und Demokratie. Als Sohn eines Richters, der sich in den 1930-er Jahren an der Bewegung für die Schaffung einer Provinz Orissa beteiligte und einer Mutter, die mit den Revolutionären in Chittagong sympathisierte, kam Patnaik schon früh in Kontakt mit antikolonialen Freiheitskämpfern. Schon während seiner Studienzeit am 'Ravenshaw College' in Cuttack begann er sich für die Fliegerei zu begeistern, wurde zunächst Pilot in der 'Königlich indischen Luftwaffe' und schließlich in der 'Indian National Airways'. Sein fliegerisches Können stellte er immer wieder in riskanten Einsätzen unter Beweis und machte ihn schnell berühmt. Während des 2. Weltkrieges flog er zur Unterstützung der russischen Armee Waffentransporte bis nach Stalingrad und wurde bei der Evakuierung britischer Familien vor den anrückenden japanischen Truppen aus Rangoon eingesetzt. Diese Flüge nutzte er zum Abwerfen von Flugblättern, die zur Unterstützung Netaji Chandra Bose' 'Indian National Army' aufriefen. Immer wieder flog er führende Freiheitskämpfer wie Jayaprakash Narayan, Aruna Asaf Ali und andere zu geheimen Treffen. 1943 wurde er wegen dieser subversiven Tätigkeiten verhaftet und für zwei Jahre von den Briten inhaftiert. Als 1947 Indonesien für die Unabhängigkeit von den niederländischen Kolonialherren kämpfte, schickte ihn Nehru nach Jakarta, um Sukarno und andere indonesische Unabhängigkeitskämpfer auszufliegen. Seine politische Karriere begann 1952, als er in das Landesparlament Orissas gewählt wurde. 1961 bis 1963 war er zum ersten Mal 'Chief'-Minister dieses östlichen indischen Bundesstaates und legte den Grundstein für dessen industrielle Entwicklung. 1971 wandte er sich mit der Gründung einer eigenen Partei, des 'Utkal Congress' gegen die 'Congress'-Partei, trat dann zur 'Janata Dal' über und wurde während des von Indira Gandhi ausgerufenen Notstandes für 19 Monate inhaftiert.

Während seiner zweiten Amtszeit als 'Chief'-Minister von Orissa von 1990 bis 1995 versuchte er vergeblich, die weitere Industrialisierung des Staates durch die Errichtung eines zweiten Stahlwerkes voranzutreiben. Seine offene Unterstützung der von Manmohan Singh und Narasimha Rao eingeleiteten Wirtschaftsreformen brachte ihn auf Konfrontationskurs mit seiner eigenen Partei, die ihm im Verlauf seiner Amtszeit zunehmend einen zu autoritären Führungsstil vorwarf. Die Niederlage bei den Wahlen zum Landesparlament 1995 gegen die 'Congress'-Partei verschärfte die innerparteilichen Auseinandersetzungen und verstärkte seine Isolation innerhalb der Landesgruppe der 'Janata Dal' in Orissa.